

Die Sicht eines Mineralrohstoffbetriebes

DI Christian MLINAR, Bernegger GmbH

Die Gewinnung von Mineralrohstoffen hat im Wesentlichen technische, wirtschaftliche, umweltfachliche und soziale Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Unsere Kunden sind private, gewerbliche und öffentliche Auftraggeber.

Der Abbau in Steinbrüchen und Schotterwerken und die Aufbereitung zu Baustoffen sind abhängig vom aktuellen Bedarf der Kunden. Im Gegensatz etwa zu wertvollen Erzen, handelt es sich bei mineralischen Baumaterialien um vergleichsweise günstige Produkte, weshalb lange Transporte aufgrund dem Kostenanteil nicht wirtschaftlich sind und die Versorgung der Bauwirtschaft nur regional erfolgen kann.

Die Veredelung von abgebauten mineralischen Rohstoffen zu hochwertigen Produkten erfolgt in, den jeweiligen Materialien angepassten, spezifischen und sehr teuren Aufbereitungsanlagen. Diese stationären Anlagen erfordern neben dem Einsatz kostspieliger Maschinen und Technologien hohe Investitionen, die eine langfristige und kalkulierbare Auslastung voraussetzen, um einen wirtschaftlichen Betrieb des Unternehmens überhaupt erst zu ermöglichen. Ein langfristiger gesicherter Grundumsatz ist überlebenswichtig.

Zudem sind die Qualitätsanforderungen (physikalisch, chemisch, Sortenreinheit) an das produzierte Material sehr hoch und nur durch angepasste Abbaumethoden, spezifische Aufbereitungstechnologien und laufende Qualitätssicherungen zu erreichen.

Die Genehmigung und der Betrieb entsprechender Abbaue ist ausgehend vom Mineralrohstoffgesetz, über die Raumordnungs- und Naturschutzgesetze der Länder, das Wasserrechts- und Forst- bis hin zum UVP-Gesetz durch diverse Rechtsmaterien geregelt und reglementiert. Auch das Abfallwirtschaftsgesetz kommt, trotz einer Ausnahme für Bergbauabfälle, in Teilbereichen zur Anwendung.

Ständig wachsender Siedlungsdruck und Konflikte mit anderen Landnutzungsinteressen (Freizeit, Erholung, Verkehrsanlagen, Land- und Forstwirtschaft etc.) bzw. ökologischen Schutzinteressen führen dazu, dass trotz grundsätzlich in Österreich ausreichend vorhandenen Rohstoffvorräten die faktische Verfügbarkeit von mineralischen Rohstoffen stetig zurückgeht. Strengere rechtliche Rahmenbedingungen und Auslegungen durch Genehmigungsbehörden machen die Erwirkung von Abbaugenehmigungen zudem immer schwieriger und den Betrieb durch laufende Kosten aufwendiger und unrentabler.

In Summe wird die Herausforderung für Rohstoffbetriebe immer größer, weiterhin wirtschaftlich und nachhaltig hochwertige Baurohstoffe der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Dieser Herausforderung stellen wir uns jedoch, wenn die entsprechenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorhanden und geregelt sind.

Die rechtlichen, sozialen, technischen und umweltfachlichen Rahmenbedingungen werden anhand des aktuell genehmigten Kalkabbaus Schützenstein II der Bernegger GmbH in Spital/Pyhrn erläutert.

Aus Sicht einer nachhaltigen Nutzung von mineralischen Rohstoffen sind neben dem Recycling von Sekundärmaterialien aus dem Bauwesen natürlich auch Verwertungen von im Zuge von Tunnelbauvorhaben anfallenden Ausbruchsmaterialien in derselben Baustelle zu unterstützen, wenn dies in der Genehmigung der Baustelle (UVP-Verfahren) Berücksichtigung findet. Abfälle sollen auf der Baustelle gehalten und umweltgerecht verwertet werden.

Im Rahmen der gegenständlichen Tagung wird darüber hinaus zur Diskussion gestellt, die in Tunnelbauvorhaben anfallenden Ausbruchsmaterialien in eigens dafür zu schaffenden Lagerstätten zwischenzulagern und von dort ausgehend einer Verwertung zuzuführen. Diese neue Art der Rohstofflagerstätten ist derzeit rechtlich und technisch nicht zulässig.

In erster Annäherung könnte der Eindruck entstehen, dass die im Zuge der Errichtung von Tunnelbauvorhaben anfallenden Ausbruchsmaterialien gleichwertig sind wie Rohstoffe aus Steinbrüchen. Die bei genauerer Betrachtung erkennbaren Unterschiede (Heterogene Materialqualitäten, Beeinträchtigungen durch unspezifische Lösemethode, schlechte Kornform, mangelnde Sortenreinheit, Verunreinigungsgrade etc.) sind jedoch eminent und werden auch durch andere Vorträge im Rahmen der Tagung beleuchtet.

Wie eingangs gezeigt wurde, kann die Gewinnung von mineralischen Baurohstoffen nur wirtschaftlich betrieben werden, wenn sowohl die Verfügbarkeit des Rohstoffs als auch die Absatzmöglichkeiten langfristig vorhanden sind. Würden nunmehr im Zuge von Bauvorhaben gewonnene Materialien ohne umfassende, zumindest dem Niveau einer Mineralrohstoffgenehmigung entsprechenden, rechtlichen Rahmenbedingungen dem Rohstoffmarkt übergeben, so hätte das maßgeblich negative Auswirkungen auf die davon regional betroffenen Rohstoffbetriebe. Ungleiche rechtliche Rahmenbedingungen führen unweigerlich zu einem nicht akzeptablen Wettbewerbsvorteil und Marktverzerrungen. In der Folge führt dies zum Verlust von Arbeitsplätzen in gewachsenen Familienbetrieben, längeren Transportwegen (weil die geringen Gewinnungskosten und die Einsparung der Entsorgungskosten in den Transport gesteckt werden können) und geringeren Umweltstandards.

Die Rohstoffbranche unterstützt das Recycling von mineralischen Materialien aus dem Bauwesen. Gleichzeitig fordert die Branche aber die Sicherstellung gleicher Rahmenbedingungen für die dabei notwendigen zukünftigen Sekundärlagerstätten. Ziel muss sein, rechtlich einen wirtschaftlich verträglichen Weg zu finden, Material einer Verwertung zuzuführen ohne bestehende Rohstoffbetriebe durch Wettbewerbsverzerrungen nachhaltig zu schädigen. Dabei muss selbstverständlich auch gewährleistet sein, dass die öffentlichen Schutzinteressen aus umweltfachlicher und sozialer Sicht bei der Aufbereitung und Nutzung von Gebirgsmaterial aus Bauvorhaben sichergestellt werden.